

A1NEU Ziviler Ungehorsam ist kein Terrorismus!

Gremium: GA KV Xhain

Beschlussdatum: 31.12.2022

Tagesordnungspunkt: 2 Ziviler Ungehorsam ist kein Terrorismus! Referent: Florian Schärdel
(Ansprechperson von RechtGrün Berlin)

Antragstext

1 Ziviler Ungehorsam ist eine Form politischer Partizipation, bei der die
2 Handelnden bewusst gegen rechtliche Normen verstoßen, um auf die Beseitigung
3 einer größeren, oft gesamtgesellschaftlichen Unrechtssituation hinzuwirken. Der
4 Akt des Zivilen Ungehorsams dient der Schaffung von Aufmerksamkeit und zielt
5 gerade nicht auf die gewaltvolle Verletzung individueller Rechtspositionen oder
6 -güter. Die Ungehorsamen nehmen bei ihrem Handeln bewusst in Kauf, auf Basis der
7 geltenden Gesetze für ihre Handlungen bestraft zu werden. Sie beanspruchen keine
8 Stellung außerhalb des Rechtssystems und fordern auch nicht die Ablösung der
9 bestehenden Ordnung. Sie sind damit nicht gleichzusetzen mit
10 Widerstandskämpfer*innen oder Terrorist*innen. Wer zivilen Ungehorsam übt,
11 dem*der geht es vielmehr um die Durchsetzung von Bürger*innen- und
12 Menschenrechten sowie den Erhalt unserer Lebensgrundlagen.

13 Ziviler Ungehorsam ist gelebte Demokratie, weil er das Vertrauen darin
14 voraussetzt, dass die staatliche Gewalt gerade nicht eine des Unrechts ist und
15 sie vielmehr die Motive der Agierenden bei der Beurteilung rechtlicher
16 Konsequenzen berücksichtigen wird. Eine staatliche Gewalt, die als lebendige und
17 wehrhafte Demokratie interessiert ist an mündigen Bürger*innen, kritischen
18 Beobachter*innen und mutigen Akteur*innen. Als Partei und Kreisverband vertrauen
19 wir dem staatlichen System der parlamentarischen Demokratie. Gleichzeitig sehen
20 wir, wie die rasanten Entwicklungen unserer Zeit auch eine Beschleunigung
21 demokratischer Prozesse erfordern und es uns zu oft noch nicht gelingt,
22 essentielle Weichenstellungen und Politiken in der gebotenen Geschwindigkeit auf
23 den Weg zu bringen. Auch, weil die „allgemeine Öffentlichkeit“ bestimmten Themen
24 noch immer nicht die gebotene Aufmerksamkeit und Dringlichkeit zuerkennt.

25 Das Bundesverfassungsgericht hat 2021 festgestellt, dass der Staat verpflichtet
26 ist, die Lebensgrundlagen für künftige Generationen zu schützen und dass die
27 Anstrengungen zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes generationengerecht verteilt
28 werden müssen. 2015 haben sich in Paris 195 Staaten – darunter auch Deutschland
29 – dazu verpflichtet, den weltweiten Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen.
30 Im April 2022 wurde im Bericht des Weltklimarats konstatiert, wir hätten als
31 Menschheit das notwendige Wissen und wirkungsvolle Instrumente, um den
32 Klimawandel zu bekämpfen, jedoch fehle es an konsequenten Umsetzungsmaßnahmen.

33 Das Abkommen von Paris ist nun bereits sieben Jahre alt und noch immer sehen
34 wir, dass gerade im Verkehrssektor zu wenig unternommen wird, um den Ausstoß
35 klimaschädlicher Gase zu reduzieren: Kein Tempolimit auf deutschen Autobahnen,
36 keine angemessene Besteuerung von Kerosin, keine Abschaffung des Diesel-
37 Privilegs. Wenn politische Entscheider*innen nicht dem Rat international
38 führender Expert*innen folgen, wenn sie sich nicht konsequent der Umsetzung
39 völkerrechtlicher Verträge widmen und selbst die Entscheidung des höchsten
40 nationalen Gerichts nicht zum Anlass nehmen konsequente Maßnahmen zu ergreifen,
41 schädigt dies das Vertrauen der Menschen in die Demokratie.

42 Wir Menschen sind in Demokratien aber nicht zum Schweigen verdammt, wenn gerade
43 keine Wahlen anstehen. Als Zivilgesellschaft tragen wir maßgeblich zur
44 politischen Willensbildung bei. Ziviler Ungehorsam ist für unseren Kreisverband
45 Bündnis 90/Die Grünen Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg eine legitime Form dieser
46 politischen Willensbildung und damit elementarer Bestandteil einer lebendigen
47 Demokratie. Ziviler Ungehorsam muss gerade nicht bequem, schön oder angenehm
48 sein, sondern darf irritieren, nerven und unserer Gesellschaft den Spiegel
49 vorhalten. Ziviler Ungehorsam gehört zur Identität unserer Partei und zu den
50 Bewegungen, aus denen sie entstanden ist. Wir lehnen jegliche Form sogenannter
51 Präventivhaft für Aktivist*innen ab, die sich des Mittels des zivilen
52 Ungehorsams bedienen. Wir lehnen weiterhin Strafverschärfungen für spezifische
53 Protestformen ab und wir fordern, die strafrechtliche Würdigung von
54 aktivistischem Handeln ausschließlich den dafür zuständigen und ausgebildeten
55 Staatsanwält*innen und Richter*innen zu überlassen.